

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 22.07.2022
Sitzungsbeginn: 16:35 Uhr
Sitzungsende: 21:09 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	
-------------------------------------	--

reguläre Mitglieder

Hermann Heck - CDU	
Marco Nezi - B90/Die Grünen	
Thorsten Büchner - SPD	
Isabella Aberle - Klimaliste Marburg	
Dirk Bamberger - CDU	
Jelena Noe - CDU	
Walter Jugel - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Lars Küllmer - CDU	
Roger Pfalz - CDU	
Jens Seipp - CDU	
Birgit von Bargaen - CDU	ab TOP 3
Jan von Ploetz - CDU	
Lisa Deißler - FDP	
Michael Selinka - FDP	
Lena Frewer - B90/Die Grünen	

Dr. Payam Katebini - B90/Die Grünen	ab TOP 3
Marion Messik - B90/Die Grünen	
Lukas Ramsaier - B90/Die Grünen	
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Martina Rupp - B90/Die Grünen	
Christian Schmidt - B90/Die Grünen	
Uwe Volz - B90/Die Grünen	
Karen von Rüden - B90/Die Grünen	
Maximilian Walz - B90/Die Grünen	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Fatma Aydin - SPD	
Felix Burghardt - SPD	
Asmah El-Shabassy - SPD	
Schaker Hussein - SPD	bis TOP 18.8/ 19:40
Alexandra Klusmann - SPD	
Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	
Steffen Rink - SPD	
Anna Maria Zels - SPD	
Renate Bastian - Marburger Linke	
Roland Böhm - Marburger Linke	
Anja Meier-Lercher - Marburger Linke	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke	
Inge Sturm - Marburger Linke	
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	
Salomon Lips - Klimaliste Marburg	
Maik Schöniger - Klimaliste Marburg	
Roland Frese - BfM	
Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
Matthias Pozzi - AfD	
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	
Kirsten Dinnebier - SPD	
Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Christoph Ditschler - FDP	
Lea Doobe - Klimaliste Marburg	
Anne Oppermann - CDU	
Marina Siffermann-Gorr - CDU	
Ulrich Severin - SPD	

Protokollführung

Lothar Sprenger - Fachdienst kommunale Gremien	
Clara Easthill - Fachdienst kommunale Gremien	

Abwesend

reguläre Mitglieder

Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	Entschuldigt
Heiko Schäfer - CDU	entschuldigt
Karin Schaffner - CDU	entschuldigt
Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	entschuldigt
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	entschuldigt
Myriam Hövel - SPD	entschuldigt
Matthias Simon - SPD	entschuldigt
Gerald Weidemann - SPD	entschuldigt
Jan Schalauske - Marburger Linke	entschuldigt
Dietmar Göttling -	entschuldigt

Magistratsmitglieder

Alev Lassmann - B90/Die Grünen	entschuldigt
Roland Stürmer - B90/Die Grünen	entschuldigt
Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	entschuldigt
Marianne Wölk - SPD	entschuldigt
Sevim Yüzcülen - SPD	entschuldigt

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Sie gratuliert der Stadtverordneten Anja Meier-Lercher und dem Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies zu ihren jeweiligen Geburtstagen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt anschließend die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Im Anschluss trägt die Stadtverordnetenvorsteherin die Tagesordnung für die heutige Sitzung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen und der im Ältestenrat getroffenen Absprachen vor.

Es liegen drei Dringlichkeitsanträge vor, die aber nicht das für die Aufnahme auf die Tagesordnung erforderliche Quorum erreichen. Protokollierung siehe unter Tagesordnungspunkten 1.1., 1.2, und 1.3.

Anmerkung:

Zu den Tagesordnungspunkten 10, 14, 18.3, 18.5, 18.8, 18.9 und 19.1 ist Aussprache, bzw. Aussprache in Form eines Setzpunktes angemeldet, die in der Tagesordnung vorgezogen und unmittelbar nach der Wahl (TOP 8) aufgerufen werden. Die Reihenfolge und Nummerierung der Tagesordnungspunkte in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Von 17:42 bis 17:51, 18:12-18:30 und von 19:47-20:03 ist die Sitzung für Kurzpausen unterbrochen.

zu 1.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Marburg verurteilt Angriffskrieg der Türkei im Nordirak und in Nordsyrien VO/0837/2022

Die Dringlichkeit des Antrags begründet die Stadtverordnete Inge Sturm, gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Steffen Rink.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin stimmen die Fraktion der Marburger Linken sowie die Piratenpartei für die Dringlichkeit.

Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von

zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten ist damit nicht erreicht. Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die Stadtverordnete Renate Bastian gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

**zu 1.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Organisation
und Durchführung von Essenausgaben**

VO/0842/2022

Die Dringlichkeit des Antrags begründet die Stadtverordnete Anja Meier-Lercher, gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Jens Seipp. Im Anschluss nimmt Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies für den Magistrat Stellung.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin stimmt die Fraktion der Marburger Linken für die Dringlichkeit.

Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten ist damit nicht erreicht. Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die Stadtverordnete Renate Bastian gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

**zu 1.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke und der Piraten-
partei betr. Einführung eines Einwohner*innen-Energiegeldes**

VO/0843/2022

Die Dringlichkeit des Antrags begründet der Stadtverordnete Roland Böhm, gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Christian Schmidt. Im Anschluss nimmt Stadträtin Kirsten Dinnebier für den Magistrat Stellung.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin stimmen die Fraktion der Marburger Linken sowie die Piratenpartei für die Dringlichkeit.

Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten ist damit nicht erreicht. Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die Stadtverordnete Renate Bastian gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.06.2022

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1, 2, 5-8, 10, 11, 13,14, und 17-28 bis sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernent*innen wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Lars Küllmer
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie viel Energie wird durch die Drosselung der Raumtemperatur in der Marburger Stadtverwaltung eingespart und wie hoch ist der finanzielle Gewinn?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Durch die Absenkung der Raumtemperatur um 1 Grad wird im Durchschnitt eine Einsparung von 6 % Heizenergie erzielt.

Die genaue Menge der eingesparten Energie ist aufgrund der fehlenden Randparameter nicht zu beziffern. Es liegen keine Daten zu den tatsächlichen Raumtemperaturen in städtischen Gebäuden vor. Außerdem ist hier der Zielwert, auf den die Raumtemperatur abgesenkt werden soll, nicht festgelegt. Die Arbeitsstättenrichtlinie sieht in Arbeitsräumen bei leichten Arbeiten im Sitzen (also am Büro-Arbeitsplatz selbst) eine Temperatur von mindestens +20 °C vor.

Der monetäre Gewinn aus einer Absenkung der Raumtemperatur ist nicht pauschal zu beziffern, da bei Einsparungen in unterschiedlichen Liegenschaften mit unterschiedlichen Brennstoffen (Öl, Gas, Pellets, Holzhackschnitzel, Fernwärme) unterschiedliche Einkaufspreise für den jeweiligen Brennstoff anfallen.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Lars Küllmer
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie teuer ist die Wartung und Pflege der Springbrunnen in Marburg und wie hoch ist der Wasserverbrauch (bitte je Anlage angeben)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Universitätsstadt Marburg betreibt an 34 öffentlichen Standorten Trink- und Zierbrunnen. Der reguläre Betrieb dieser Brunnenanlagen verbraucht etwa 7.000 m³ Trinkwasser im Jahr. Die Unterhaltungskosten (reguläre Wartung, Reparatur) betragen rd. 115.000 €. Die wöchentliche Betreuung und Wartung der Anlagen wird durch Mitarbeiter des Hochbauservice wahrgenommen. Lediglich für die Wartung der größeren Anlagen (z.B. Ketzerbach, Erwin-Piscator-Haus, Firmaneiplatz) bestehen Wartungsverträge mit externen Dienstleister*innen. Außerordentliche Störungen sind in den angegebenen Werten nicht berücksichtigt.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Als Anlage wird dem Protokoll eine Tabelle mit Darstellung der einzelnen Brunnen und der Kosten beigelegt.

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wann beabsichtigt der Magistrat die Instandsetzung der Fahrbahndecke des oberen/bergigen Straßenteils "In der Gemoll" in Ockershausen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Der zweite Teilabschnitt zur grundhaften Erneuerung der Straße „In der Gemoll“ (zwischen Ausbauende 2012 und Bushaltestelle, ohne den Stichweg zu den Häusern 32-56) wurde bereits öffentlich ausgeschrieben. Die Submission ist am 02.08.2022. Die Ausführung der Baumaßnahme ist von September bis Dezember 2022 vorgesehen.

Die Bushaltestelle soll als Fördermaßnahme zu einem späteren Zeitpunkt umgebaut werden.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Welche Möglichkeiten zur Nutzung des ÖPNV empfiehlt der Magistrat Personen, die aus manchen Marburger Stadtteilen (z.B. Wehrshausen, Michelbach, Schröck oder Moischt), sonntags vor 14 Uhr zum Marburger Hauptbahnhof oder in die Innenstadt gelangen möchten und weshalb werden die Stadtwerke nicht damit beauftragt, beispielsweise eine AST-Option für die Zeit zwischen 8 und 14 Uhr einzurichten, wenn es keinen stündlichen Bus-Linien-Verkehr gibt?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg Consult
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Verbesserung der Anbindung der Marburger Außenstadtteile im öffentlichen Personennahverkehr ist ein Bestandteil des neuen Nahverkehrsplans der Universitätsstadt Marburg.

Nach derzeitiger Planung soll der mit dem Projekt MoVe35 abgestimmte Entwurf des Nahverkehrsplans zum Ende des Jahres der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Das Dach des Ortenbergstegs ist an mehreren Stellen erheblich undicht. Wann erfolgt hier die Behebung der Schäden, auch um Folgeschäden zu vermeiden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Das sogenannte Dach des Ortenbergstegs ist in dem Sinne kein richtiges Dach. Es besteht aus nachgerüsteten Solarpanelen die aneinandergestoßen sind. An den Stoßfugen zwischen den einzelnen Elementen gibt es keine Abdichtung. Somit ist es durchaus normal, dass es bei Regen tropft. Ohne die Solarpaneele wäre die Brücke vollständig der Witterung ausgesetzt.

Die Überdachung des Ortenbergsteges ist 2009 als deutschlandweit einzigartiges Projekt mit dem Deutschen Solarpreis ausgezeichnet worden. Der Vorgängersteg war nicht wettergeschützt.

Gegen den Taubenkot auf der Lochblechdecke wird Abhilfe geschaffen.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Wurde bei der Erstellung des Parkdecks am Lokschuppen die Parksituation der benachbarten

Initiativen / Vereine (z.B. Kletterhalle, Alpenverein) berücksichtigt, ggfs. wie?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Ja, die ebenerdigen Flächen (unter dem Parkdeck, vor dem Eisenbahnerhaus, entlang der Zufahrt zum Gelände) bleiben im Eigentum und damit in der Verfügungshoheit der Stadt. Details der Nutzung sind noch in der Endabstimmung.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Erika Lotz-Halilovic
Fraktion / Partei:	SPD

Kann der Magistrat die Frage beantworten, warum bei der Vorstellung der Planung des Neubaus im Gestaltungsbeirat der Universitätsstadt Marburg des Gebäudes Am Richtsberg 88 eine Kinderbetreuungseinrichtung keine Berücksichtigung bekommen hat? Ist dem Magistrat bekannt, dass diese Forderung seitens der Bevölkerung, der Initiativen, Elternschaften und Ortsbeirat am Richtsberg besteht?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Dem Magistrat ist bekannt, dass die Forderung nach einer Kinderbetreuungseinrichtung am Oberen Richtsberg besteht. Mit dem Studentenwerk wurden bereits Gespräche hinsichtlich der Integration einer Kinderbetreuungseinrichtung in die Planung geführt, die bei der weiteren Ausarbeitung der Entwürfe berücksichtigt wird.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Uwe Volz
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Am 23.11.2021 wurden vom Fachbüro GeoNet die Zwischenergebnisse einer Stadtklimaanalyse für Marburg präsentiert.

Auf S. 15 der dazugehörigen Präsentation, die auf der Homepage der Stadt Marburg eingestellt ist (s. <https://www.marburg.de/leben-in-marburg/umwelt-klima/klimaanpassung/>), ist an der K68, südlich von Neuhöfe, ein Gewerbegebiet (Planung) dargestellt.

Auf welchen Planungshintergrund bzw. welche Planungsabsicht des Magistrats oder welchen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, hier ein Gewerbegebiet zu planen, geht die Darstellung dieses Gebietes in der genannten Präsentation zurück.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das ehemalige Bundeswehr-Depot südlich von Neuhöfe ist im Bestand zur Gänze versiegelt. Derzeit wird es zum Teil als Lagerflächen genutzt. Einen erheblichen Flächenanteil nimmt das Deutsche Polizeioldtimermuseum ein, dem auch nennenswerte Flächenanteile und Gebäude gehören.

In der Vergangenheit war seit dem Leerziehen der Bundeswehrliegenschaften auch in der Diskussion, hier eine gewerbliche Nutzung zu prüfen. Es bietet Potential für eine verkehrssarme gewerbliche Entwicklung (z. B. Start-Ups, Ausgründungsunternehmen, Innovativ-Cluster, Kreativwirtschaft usw.), die bei einem Bedarf mit einer dann notwendig werdenden Bauleitplanung entwickelt werden könnte.

Vor diesen Hintergründen ist der Bereich in der Modulation der Entwicklungspotentiale im Klimaanpassungskonzept enthalten und wird geprüft.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Maximilian Walz
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, städtische Veranstaltungsräume (Stadthalle, Bürgerhäuser u.s.w.) für schulische Abschlussfeiern mietfrei zur Verfügung zu stellen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 62 - Gebäudewirtschaft und Grundstücksverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die städtischen Veranstaltungsräume werden für Vereinsfeiern und Abschlussfeiern auf Antrag nach Zustimmung von 01 mietfrei zur Verfügung gestellt. Dann sind lediglich die Nebenkosten (Energie, Strom, Reinigung) zu zahlen.

Eine generelle Befreiung von Mietkosten existiert bisher nicht, kann aber, wenn von der Stadtverordnetenversammlung gewünscht, mit einer neuen Gebührenordnung für die Bürgerhäuser beschlossen werden.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Mariele Diehl
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Der Vorstand der Ortenberggemeinde hat in seiner Sitzung am 13.9.2021 einstimmig beschlossen, der Parkplatz möge autofrei, fußgängerfreundlich und barrierefrei umgestaltet werden. Es wurden Entwürfe zur Umgestaltung des Platzes abgestimmt und eingereicht. Das Projekt steht modellhaft dafür, dass engagierte Bürger*innen sich aktiv um die Gestaltung ihres Lebensumfeldes im Sinne der Nachhaltigkeit bemühen.

Wie sind der aktuelle Stand und die weitere Planung in Bezug auf die Umsetzung der Entwürfe?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Wunsch der Stadtteilgemeinde Ortenberg, den Schützenplatz vom ruhenden PKW-Verkehr zu befreien und die Aufenthaltsqualität durch eine neue Platzgestaltung zu erhöhen, liegt uns vor. Hierzu gab es bereits erste Überlegungen, die in einem Bürger*innenbeteiligungsprozess gemeinsam mit den künftigen Nutzer*innen diskutiert und weiterentwickelt werden sollen. Der Startpunkt dieses Beteiligungsprozesses steht in Abhängigkeit mit den Ergebnissen des MoVe35-Prozesses, insbesondere bezogen auf die Parksituation am Ortenberg. Ein wesentlicher Fokus wird, im Sinne der Gestaltung der Mobilitätswende, auf der Bündelung des ruhenden Verkehrs liegen. Freiwerdende Flächen sollen für die Attraktivitätssteigerung der Aufenthaltsqualität sowie die Förderung der Verkehrssicherheit des Fuß- und Radverkehrs genutzt werden.

Bei der Platzgestaltung wird auch das Umfeld mit einbezogen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Birgit von Barga
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Derzeit wird ein Neubau für eine Kita an der Geschwister-Scholl-Straße geplant. Der Oberbürgermeister äußerte, dass für die Planungen die Sportplatzfläche an der Schützenstraße mit einbezogen wird. Stimmt das und wenn ja, wo ist eine neue Sportplatzfläche für den Ortenberg als Ausgleich geplant?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Es ist richtig, dass im nördlichen Bereich der Sportplatzfläche an der Käthe-Kollwitz-Schule eine

Kindertagesstätte errichtet werden soll. Der Magistrat hat im April 2020 den Bedarf hierfür anerkannt. Bislang gibt es eine grobe Planskizze und Abstimmungen zwischen den Fachdiensten Sport, Schule, Stadtplanung, Bauaufsicht und Hochbau. Die Planungen sollen im zweiten Halbjahr 2022 begonnen werden. Die geplante Bebauung reduziert das vorhandene Sportfeld etwa um ein Drittel, so dass auch nach Errichtung der Kindertagesstätte und der zugehörigen Außenfläche noch ein größerer Teil verbleibt.

Erste Abstimmungen und Informationen mit den verschiedenen Nutzer*innengruppen haben bereits stattgefunden. Es werden weitere Abstimmungen erfolgen und ggf. Alternativen gemeinsam überlegt.

Mit der Ortenberggemeinde wurde besprochen, dass die Planungen im Herbst 2022 vorgestellt werden.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Warum wurde die Bushaltestelle "Behringwerke" stadtauswärts nach der Kanalverlegung und dem Aufbruch nicht gleich barrierefrei hergestellt bzw. angehoben?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Die Baumaßnahme der Stadtwerke Marburg erfolgte in dem Bereich der Bushaltestelle *Behringwerke*, die lediglich als Warteposition dient. Ein barrierefreier Ausbau dieses Bereiches ist nicht erforderlich.

Seitens des Fachdienstes Tiefbau ist geplant, beide Bushaltestellen *Behringwerke* barrierefrei auszubauen.

Der vordere Bereich der in Richtung stadtauswärts gelegenen langen Busbucht wird auf einer Länge von 18 m mit 22 cm hohen Anfahrbordsteinen ausgestattet, zudem wird die erste Einstiegsstelle des Busses mit einem Aufmerksamkeitsfeld gekennzeichnet.

Die Haltestelle in Richtung Innenstadt soll aus dem Wendehammer verlegt werden, so dass gegenüber der vorhandenen Halteposition in Richtung stadtauswärts eine barrierefreie Haltestelle am Fahrbahnrand eingerichtet wird.

Der Förderbescheid für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen *Behringwerke* liegt bereits vor, die Förderquote beträgt 75 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Die Ausschreibung soll noch in diesem Jahr veröffentlicht werden.

Da die Baumaßnahmen zum barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen erst nach Zustellung des Förderbescheids ausgeschrieben werden können, war eine zeitgleiche Umsetzung beider Maßnahmen nicht möglich.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Michael Selinka
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

In welcher Art und Weise liegen bereits Ergebnisse des Sportentwicklungsplans vor und wie fanden diese Berücksichtigung im BiBaP?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 42 - Sport
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Es liegen bereits erste Ergebnisse zum Sportentwicklungsplan vor, die nun vom Institut für Kooperative Planung und Sportentwicklung (IKPS) aufbereitet und ergänzt werden. Beispielsweise sind noch die Zahlen der jüngsten Schulentwicklungsplanung mit einzubeziehen.

Die ersten vorläufigen Ergebnisse lassen laut IKPS auf ein erfreuliches Gesamtzeugnis mit vielen überdurchschnittlichen Werten für die Stadt schließen und weisen auch keinen Bedarf von großen Hallen, sondern eher von kleineren zusätzlichen Sport- und Bewegungsflächen aus.

Die Befragungen von Schulen und Vereinen sowie von 12.000 zufällig ausgewählten Bürger*innen sind abgeschlossen. Es wurde eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe gebildet, die bereits getagt hat. Nach der Sommerpause wird die Kooperative Planungsgruppe in drei „Set-

tings“, nämlich Bildung, Freizeit und Vereine tagen. Für den 1.12.2022 ist eine gemeinsame Sitzung zur Abstimmung der Ergebnisse vorgesehen. Bei der Zusammensetzung der Kooperativen Planungsgruppe werden die Fraktionen um Entsendung von Mitgliedern gebeten, da wir neben Vereinen, Institutionen und auch Bürger*innen in die Beratungen einbeziehen möchten. Die Einladungen erfolgen in den nächsten Wochen.

Aufgrund dieses Zeitplanes und der laufenden Datenauswertung war es nicht möglich, Erkenntnisse ins BiBaP II einfließen zu lassen. Eine solche Vorwegnahme von Ergebnissen hätte auch den geplanten Beteiligungsprozess ausgehebelt.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Jan von Ploetz
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Welche Maßnahmen plant der Magistrat der Stadt Marburg hinsichtlich der weiterhin extrem hohen Verschmutzung im Innenstadt- und vor allem im Lahnbereich insbesondere mit Blick darauf, dass alle bisherigen Bemühungen offensichtlich erfolglos geblieben sind?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat weist die Behauptung einer „extrem hohen Verschmutzung“ als völlig überzogen zurück.

Tatsächlich erhalten wir von auswärtigen Besucher*innen auch immer wieder positive Rückmeldungen zur Sauberkeit der Stadt. Klar ist natürlich, dass Straßen, Wege und öffentliche Plätze nur selten „Wohnzimmerqualität“ annehmen.

Der Lahnbereich wird an sieben Tagen in der Woche durch den Dienstleistungsbetrieb Marburg gereinigt. Damit ist sichergestellt, dass der Lahnbereich morgens sauber ist.

Neben zahlreichen anderen Initiativen – Wasser und farbabweisende Oberflächen am Aufzug, intensive Straßenreinigung, etc. – findet derzeit ein überregional modellhaftes Pilotprojekt

mit Umweltscouts statt. Diese machen u.a. auf weggeworfenen Müll aufmerksam und sprechen die Bürger*innen an. Dieses Projekt soll sich nach erfolgreicher Umsetzung in der Oberstadt auch auf den Lahnbereich ausdehnen. Hierzu sind bereits Gespräche geführt worden und Haushaltsmittel für das kommende Haushaltsjahr beantragt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Jan von Ploetz
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie beurteilt der Magistrat die Verschmutzungssituation hinsichtlich Nachhaltigkeit und Umwelt- und Gewässerschutz?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Bezüglich Verschmutzung im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Umweltschutz, hat der Magistrat der Universitätsstadt Marburg in den letzten Jahren bereits vielfältige Maßnahmen getroffen. Im Folgenden können drei davon, welche in diesem bzw. im letzten Jahr umgesetzt wurden, genannt werden.

Im Jahr 2021 wurde die Gastronomie mit einer Mehrwegförderung unterstützt, unter anderem um das Abfallaufkommen, insbesondere verursacht durch Verpackungsabfälle bei Speisen und Getränken zum Mitnehmen zu reduzieren.

Im selben Jahr wurde erstmals die Broschüre „Abfälle richtig sortiert? Abfallvermeidung ist Klimaschutz“ herausgegeben. Sie wird unter anderem bei der „mobilen Abfallberatung“ an Haushalte abgegeben.

Aktuell läuft seit kurzem das Pilotprojekt „Umweltscouts“ in der Marburger Oberstadt, welches ebenso für den achtsamen Umgang mit Abfällen sensibilisiert.

Der Magistrat ist zuversichtlich, dass sich die Verschmutzungssituation durch die ergriffenen

Maßnahmen weiterhin Schritt für Schritt verbessert.

Die Reinigung von verschiedenen Bereichen des Lahnvorlandes und Lahnufers findet vorrangig durch den Dienstleistungsbetrieb Marburg statt. Zusätzlich wird die Gewässer- und Uferverschmutzung in Form von Abfällen und Festmüll auch durch zahlreiche freiwillige Aktionen der Lahntaucher, des DLRG und verschiedener Schulen eingegrenzt.

Andere Faktoren bezüglich der Gewässerverschmutzung wie Einleitungen von Klärwerken oder auch der Landwirtschaft stellen ein Problem dar. Hier liegt die Zuständigkeit bei den Wasserbehörden.

Insgesamt ist die Wasserqualität der Lahn in die Güteklasse II (mäßig belastet) eingeordnet. Dies lässt, da es sich um ein Fließgewässer handelt, aber nur sehr begrenzt Rückschlüsse auf die Verschmutzungssituation im Marburger Stadtbereich zu.

Der Magistrat ist dankbar für konstruktive Vorschläge, um die Situation (weiter zu) verbessern. Auch besteht jederzeit Bereitschaft Privatinitiativen und Aktionen von Vereinen, Gruppen oder Stadtgremien zu fördern.

Nadine Bernshausen

Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Walter Jugel
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie hat sich die Zahl der Straftaten im Bereich der Kernstadt Marburg in den Jahren 2019 bis 2022 (Stand heute) entwickelt? Von besonderem Interesse ist die Entwicklung der Fallzahlen bei Straftaten mit Personenschäden und Vandalismus.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Verfolgung von Straftaten und auch das Führen entsprechender Statistiken obliegt den Polizeibehörden. Die jüngsten Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik 2021 für den Landkreis Marburg Biedenkopf können auf der Homepage des Polizeipräsidiums Mittelhessen eingesehen werden (<https://ppmh.polizei.hessen.de>). Die Statistik für 2022 wird erst im Folgejahr veröffentlicht.

licht. Eine Abfrage von Zwischenergebnissen ist nicht möglich. Für die Jahre davor können jedoch über die veröffentlichten Daten hinaus dezidierte Anfragen an das Polizeipräsidium Mittelhessen gerichtet werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Jens Seipp
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Wie erklärt die Stadt die Unterstützung der Lesung von Gabriele Krone-Schmalz, die öffentlich vehement für Verständnis für Putin und die russische Politik gegenüber der Ukraine wirbt und die Eskalation der Spannungen zwischen Russland und dem Westen vor allem als Folge einer verfehlten Politik des Westens analysiert hat und in welchem finanziellen und ideellem Rahmen bewegt sich das städtische Engagement für diese Veranstaltung am 4. Juli 2022?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Bereits im Herbst 2021, also lange vor Beginn des fürchterlichen von Diktator Putin verantworteten Krieges in der Ukraine, wurde eine grundsätzliche Unterstützung für eine Veranstaltung des Bündnisses „Nein zum Krieg“ zugesagt. Solche Förderungen vergibt der Magistrat jedes Jahr in dreistelliger Anzahl, ohne sich im Einzelfall mit dem Anliegen der Veranstalter*innen gemein zu machen. Die Feststellung „Mit Unterstützung von“ ist die übliche Kenntlichmachung der Verwendung städtischer Mittel durch Dritte. Im Fall der Lesung von Frau Krone-Schmalz ist eine solche Kenntlichmachung auf einem Veranstaltungsplakat erfolgt und ist eine finanzielle Förderung in Höhe von 1.785 Euro gezahlt worden.

Nach Ausbruch des Krieges die Förderung für eine bereits lange geplante Veranstaltung zu entziehen wäre nach Ansicht des Magistrats einer Zensur gleichgekommen. Die Haltung des Magistrats zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine ist bereits mehrfach öffentlich

kommuniziert worden.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Phillip Knaack
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Das Antirassistische Kulturfestival wurde laut Plakatierung vom Magistrat der Stadt Marburg unterstützt. In welchem Umfang wurde die Veranstaltung seitens der Stadt Marburg finanziell und ideell unterstützt und wer war der Veranstalter?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stabsstelle 72 - Bürger*innenbeteiligung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Veranstalter des Antirassistischen Kulturfestivals vom 19.06.2022 waren die Referate Antirassismus und Kultur des AStA Marburg. Diese haben eine Förderungsbewilligung in Höhe von bis zu 10.000 Euro im Rahmen des Handlungskonzepts „Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“ (VO/7426/2020), vom Magistrat beschlossen am 08. Juni 2020, zuletzt geändert am 06. Dezember 2021 (VO/0427/2021), erhalten. Nach den Richtlinien des Förderprogramms werden die Auslagen der Projektträger*innen im Nachhinein durch Vorlage von Belegen erstattet. Die Richtlinie ist hier einsehbar: <https://marburgmacht-mit.de/page/dialog-vielfalt>. Seitens des Projektträgers, den Referaten Antirassismus und Kultur des AStA Marburg, wurden nach heutigem Stand (15.07.2022) noch keine Fördermittel durch Vorlage von Belegen abgerufen. Daher wurden noch keine Fördermittel an den Projektträger ausgezahlt.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Jelena Noe
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Das sogenannte „wilde Plakatieren“, also das Anbringen von Plakaten an nicht dafür vorgesehenen Stellen bzw. ohne entsprechende Genehmigung ist in Marburg in besonderer Weise populär.

In wie vielen Fällen wurde in den Jahren seit 2019 bis zum heutigen Tag solchen Ordnungswidrigkeiten und mit welchem Ergebnis nachgegangen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Aufgrund der Coronapandemie wurde in dem o.g. Zeitraum deutlich weniger wild plakatiert. Es musste lediglich ein Verstoß gegen die Plakatordnung geahndet werden.

Aktuell wird bei einem erstmaligen Verstoß mit dem Veranstalter – sofern dieser zu ermitteln ist – Kontakt aufgenommen und eine Verwarnung erteilt. Kommt es zu einem erneuten Verstoß, so wird ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet.

Dr. Thomas Spies

Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Jelena Noe
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Selbst dann, wenn den auf den Plakaten jeweils genannten Veranstaltern das Anbringen „wilder Plakatierungen“ nicht explizit nachzuweisen ist, geht der Magistrat auf solche Veranstalter mit dem Hinweis auf die Plakatierungsordnung zu?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Wie bereits in der kleinen Anfrage Nr. 25 beschrieben, geht der FD Straßenverkehr einmalig für eine Beratung auf die Veranstalterinnen und Veranstalter zu und belehren sie über die Vorschriften. Diese Vorgehensweise hat sich in den letzten Jahren bewährt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 27

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Dirk Bamberger
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 25. Januar 2019 beschlossen, Plakatierungsrahmen an den bislang hierfür reservierten Stellen im Stadtgebiet für eine geordnete Plakatierung zur Verfügung zu stellen. Wann gedenkt der Magistrat diesen Beschluss umzusetzen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Prüfung und Umsetzung des Vorhabens steht hier im FD Straßenverkehr noch aus. Die Umsetzung des Beschlusses erfolgt, sobald dies unter Berücksichtigung der Personalsituation und Projektdichte möglich ist.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 28

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.Juli 2022

Fragesteller*in:	Phillip Knaack
Fraktion / Partei:	CDU/FDP

Im Rahmen des Nachweises der Förderungswürdigkeit von Trägern der Kultur haben diese unter anderem zu beantworten, wie viele Frauen und Männer die jeweiligen Veranstaltungen besucht haben. Inwieweit könnte diese Vorgehensweise aufgrund der statistischen Einordnung von Gästen nach ausschließlich äußerlichen Merkmalen möglicherweise als diskriminierend empfunden werden? Nach welchen Kriterien können oder sollen Kulturtragende auch das Geschlechtsmerkmal „Divers“ erfassen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Verwendungsnachweis, in dem geschlechterspezifische Daten zu Teilnehmenden und Referent*innen bei Kulturveranstaltungen abgefragt werden, ist ein Teil der Kennzahlenermittlung zum Projekt „Haushalt *fair* teilen“/Gender Budgeting in Marburg. Dieses Projekt wurde im Rahmen des Ersten Aktionsplans für die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (kurz: EU-Charta) im Jahr 2017 vom Stadtverordnetenparlament beschlossen und im Zweiten Aktionsplan für die EU-Charta fortgeführt.

Bei der Erhebung von geschlechterspezifischen Daten der Teilnehmenden und Referent*innen bei Kulturveranstaltungen handelt es sich um ein Instrument zur Haushaltsplanung, das die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern im öffentlichen Haushalt stärker berücksichtigen möchte (§ 80 Abs. 1 Nr. 2a BetrVG). Die Abfrage soll eine Datengrundlage dafür schaffen, die Einnahmen und Ausgaben der Kommune in Hinblick auf die geschlechtergerechte Verteilung von Mitteln besser analysieren zu können. Gegebenenfalls liefert sie auch Ansatzpunkte, um nachzusteuern. Die Daten werden unter anderem mithilfe eines Fragebogens erhoben. Ein weiteres Ziel des Fragebogens ist es, Akteur*innen im Kulturbetrieb für die Thematik zu sensibilisieren und somit Anstöße für eine geschlechtergerechtere Ausrichtung von Kulturveranstaltungen – insbesondere in Bezug auf Programmgestaltung, Booking und Honorierung – zu geben.

Zum Zeitpunkt der Entwicklung des Fragebogens 2017 war der Geschlechtseintrag „divers“ noch nicht amtlich eingeführt und wurde daher nicht berücksichtigt. Insgesamt sind die bisher mit dem Fragebogen erhobenen geschlechterspezifischen Daten noch wenig belastbar. Deshalb soll der bisherige Ansatz zur Erhebung geschlechterspezifischer Daten im Kulturbereich ab Sommer 2022 evaluiert und neu ausgerichtet werden (Vgl. Abschlussbericht zum Zweiten Mar-

burger Aktionsplan EU-Charta, 31.3.2022).

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Nach Ablauf der für die Fragestunde vorgesehenen Zeit erklärt die Stadtverordnetenvorsteherin diese für beendet. Die Fragen 3, 4, 9, 12, 15, 16 und 29-32 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

zu 4 Wahl eines hauptamtlichen Stadtrates / einer hauptamtlichen Stadträtin

VO/0801/2022

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Maximilian Walz. Er bedankt sich zunächst bei den Ausschussmitgliedern. Im Anschluss erläutert er das Verfahren im Vorfeld zu heutigem Wahl.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 19.11.2021 durch entsprechende Änderung der Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg die Einrichtung einer vierten hauptamtlichen Stelle im Magistrat mehrheitlich beschlossen. Über die Ausschreibung der Stelle wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 28.01.2022 Beschluss gefasst und gleichzeitig der bestehende Wahlvorbereitungsausschuss nach § 42 Abs. 2 HGO mit der Durchführung des Verfahrens zur Besetzung der Stelle beauftragt. Eine Neukonstituierung des Gremiums war damit nicht erforderlich.

Zur Vorbereitung der Wahl tagte der Wahlvorbereitungsausschuss in nicht öffentlicher Sitzung. Neben den 12 stimmberechtigten Mitglieder war entsprechend den Bestimmungen des § 42 Abs. 2 HGO der Oberbürgermeister als Vertreter des Magistrats in beratender Funktion eingeladen.

Zur Durchführung des Verfahrens und Vorbereitung der nun anstehenden Wahl hat der Wahlvorbereitungsausschuss insgesamt 6 nichtöffentliche Sitzungen abgehalten. Er wurde vorsorglich auch für heute ab 16:30 Uhr einberufen.

In der ersten Sitzung am 30.03.2022 wurden der Ausschreibungstext, die Bewerbungsfrist sowie die Veröffentlichungsmedien und die weitere Zeitplanung erörtert und festgelegt. Mehrheitlich verständigt hat sich der Ausschuss auf folgende Ausschreibungstext. Nachdem der Aus-

schreibungstext veröffentlicht wurde verzichtet Herr Walz auf Verlesung des Ausschreibungstextes.

Für die Veröffentlichung in den Printmedien hat sich der Ausschuss mehrheitlich auf einen um die Absätze 3 bis 5 verkürzten Ausschreibungstext verständigt, der mit dem Hinweis auf die komplette Ausschreibung auf der Homepage der Stadt Marburg versehen war.

Auf der Grundlage der im Ausschuss mehrheitlich getroffenen Festlegungen erfolgte die Veröffentlichung der Stellenausschreibungen

- am 07.04.2022 in der Zeitschrift DIE ZEIT
- im Zeitraum 07.04. bis 05.05.2022 auf der online-Plattform „zeit.de/jobs“
- am 09.04.2022 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) sowie am 10.04.2022 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung
- im Zeitraum 09.04. bis 08.06.2022 auf der online-Plattform „faz.net“
- am 09.04.2022 in der Bundesausgabe der Zeitschrift „taz“
- am 09.04.2022 in der Oberhessischen Presse,
- vom 06.04. bis 20.05.2022 auf der Homepage der Universitätsstadt Marburg und
- vom 06.04. bis 20.05.2022 auf dem Onlineportal „Interamt“, einem Stellenportal des öffentlichen Dienstes.

Bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist am 20.05.2022, 12:00 Uhr, gingen bei der Geschäftsstelle des Wahlvorbereitungsausschusses insgesamt 14 verschlossene an den Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses adressierte Umschläge ein.

Ein weiterer Umschlag ging erst am 23.05.2022 und somit nach Ablauf der Bewerbungsfrist ein. Diese Bewerbung wurde jedoch durch einstimmigen Beschluss des Wahlvorbereitungsausschusses am 24.05.2022 zum Verfahren zugelassen.

In der Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses am 24.05.2022 wurden die eingegangenen Umschläge durch den Ausschussvorsitzenden geöffnet und die Namen vorgetragen. Ein Umschlag ohne Absender enthielt lediglich den aus der Presse ausgeschnittenen Ausschreibungstext mit einer handschriftlichen Bemerkung, aber keine Bewerbungsunterlagen.

Dem Wahlvorbereitungsausschuss lagen somit insgesamt 14 Bewerbungen vor, die im Umlaufverfahren durch die Ausschussmitglieder gesichtet wurden.

Nach einer ersten Sichtung der Bewerbungsunterlagen hat sich der Ausschuss darauf verständigt, in einer weiteren Sitzung am 08.06.2022 festzulegen, welche Bewerberin* welcher Bewerber zu einem Bewerber*innengespräch im Wahlvorbereitungsausschuss eingeladen werden soll.

Zu dem genannten Termin wurde allen Ausschussmitgliedern als Hilfestellung für das weitere Verfahren ein durch die Ausschussgeschäftsstelle erstellter Bewerber*innenspiegel zur Verfügung gestellt. Außerdem machten zwei Ausschussmitglieder von der Gelegenheit Gebrauch, die Bewerbungsunterlagen in der Ausschussgeschäftsstelle nochmals einzusehen.

Aufgrund der aus den Bewerbungsunterlagen gewonnenen Eindrücke wurden in der Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses am 08.06.2022 von einzelnen Mitgliedern zunächst insgesamt 7 Bewerber*innen für eine Einladung zum Bewerber*innengespräch vorgeschlagen. In der folgenden Diskussion haben sich die Mitglieder des Wahlvorbereitungsausschusses dann darauf verständigt, insgesamt 5 Bewerber*innen zu einem Vorstellungsgespräch einzuladen.

Zu den Vorstellungsgesprächen wurden die ausgewählten Bewerber*innen schriftlich durch den Ausschussvorsitzenden eingeladen. Sie fanden statt im Rahmen von nichtöffentlichen Sitzungen des Wahlvorbereitungsausschusses am 29.06. bzw. 01.07.2022.

In seiner bis dahin letzten Sitzung im Rahmen des Besetzungsverfahrens hat der Wahlvorbereitungsausschuss am 06.07.2022 die aus den Vorstellungsgesprächen gewonnenen Eindrücke erörtert. Von Seiten der Klimaliste wurde Herr Dr. Michael Kopatz für die Wahl des 4. hauptamtlichen Magistratsmitglieds vorgeschlagen. Diesem Vorschlag haben sich die Fraktionen von B90/Die Grünen und SPD angeschlossen.

Die Marburger Linke hat ihrerseits Herrn Prof. Dr. Frank Eckhardt für die Wahl vorgeschlagen. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht unterbreitet.

Da sich der Ausschuss darauf verständigt hat, der Stadtverordnetenversammlung nur einen Vorschlag für die Wahl zu unterbreiten, wurde über die vorgeschlagenen Kandidaten abgestimmt mit folgendem Ergebnis:

Prof. Dr. Frank Eckhardt 2 Ja-Stimmen 9 Nein-Stimmen

Dr. Michael Kopatz 6 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt damit der Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg gegen die Stimmen von CDU/FDP und Marburger Linke Herrn Dr. Michael Kopatz zum hauptamtlichen Stadtrat der Universitätsstadt Marburg für das Dezernat IV zu wählen.

Im Anschluss bedankt sich der Ausschussvorsitzende auch bei der Verwaltung für die Unterstützung bei dem Verfahren.

Die Fraktion der Klimaliste schlägt Herrn Dr. Kopatz vor.

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Nach der Berichterstattung unterbricht Dr. Neuwohner die Sitzung um dem anwesenden Kandidaten die Möglichkeit zu geben, sich der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen. Nach

Wiederaufnahme der Sitzung ruft sie die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zur schriftlichen und geheimen Wahl mit vorbereiteten Stimmzetteln auf. Als Wahlhelfer*innen sind die Stadtverordneten Kissel, von Rüden und Diehl tätig.

Nach Beendigung des Wahlganges und Auszählung der abgegebenen Stimmen gibt die Stadtverordnetenvorsteherin das Ergebnis bekannt.

Anwesende Stimmberechtigte:	49
Abgegebene Stimmen:	49
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	23
Ungültige Stimmen:	0

Damit ist der Bewerber Dr. Michael Kopatz mit mehr als der Hälfte der gültigen Stimmen zum hauptamtlichen Stadtrat der Universitätsstadt Marburg gewählt.

Auf Befragen der Stadtverordnetenvorsteherin nimmt der Gewählte die Wahl an.

zu 5 Einführung und Verpflichtung eines hauptamtlichen Stadtrates / einer hauptamtlichen Stadträtin

VO/0802/2022

Oberbürgermeister Dr. Spies verliest den Text der Ernennungsurkunde zum Stadtrat der Universitätsstadt Marburg mit Wirkung zum 01. August 2022 und überreicht sie an den Gewählten. Es folgt die Vereidigung des neuen Stadtrats Dr. Michael Kopatz durch den Oberbürgermeister. Im Anschluss führt Stadtverordnetenvorsteherin den Gewählten in sein Amt ein und verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben.

zu 6 Einführung und Verpflichtung eines ehrenamtlichen Magistratsmitglieds

VO/0803/2022

Mit Wirkung zum 22.07.2022 legt die Stadträtin Lea Doobe ihr Amt als ehrenamtliches Magistratsmitglied nieder. Nach Überreichung der Entlassungsurkunde durch Oberbürgermeister Dr. Spies und Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner drücken beide Lea Doobe ihren Dank aus und überreichen einen Blumenstrauß.

Aus dem Wahlvorschlag der Klimaliste Marburg rückt Lars Opgenoorth als ehrenamtliches Magistratsmitglied nach.

Herr Opgenoorth wird daraufhin in sein Amt eingeführt.

Oberbürgermeister Dr. Spies verliest den Text der Ernennungsurkunde zum ehrenamtlichen Stadtrat der Universitätsstadt Marburg mit Wirkung zum 23. Juli 2022 und überreicht sie an den Gewählten. Es folgt die Vereidigung des neuen Stadtrats Lars Opgenoorth durch den Oberbürgermeister. Im Anschluss führt Stadtverordnetenvorsteherin ihn in sein Amt ein und verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben.

zu 7 Besetzung des Ortsgerichts Marburg I (Stadtteile Gisselberg und Ockershausen)

Wahl eines/r Ortsgerichtsschöffen/in

VO/0730/2022

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende Maximilian Walz. Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt, Herrn Volker Ried als Ortsgerichtsschöffen in offener Abstimmung zu wählen.

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Beschluss:

Für das Ortsgericht Marburg I (Stadtteile Gisselberg und Ockershausen) wird Herr Volker Ried als neuer Ortsgerichtsschöffe gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 8 Wahl von Schülerinnen und Schülern als Mitglieder der Schulkommission

VO/0805/2022

Der Ausschussvorsitzende Walz berichtet aus dem Wahlvorbereitungsausschuss. Es wird vorgeschlagen, dem in der Vorlage enthaltenen Vorschlag des KiJuPa zu folgen und die Wahl in offener Abstimmung durchzuführen:

Weitere Vorschläge liegen nicht vor.

Beschluss:

Als sachkundige Einwohner*innen und Schüler*innenvertretungen werden in die Schulkommission gewählt:

- Lasse Wenzel Stellvertretung: Magdalena Hescher
- Emilia Warmbrunn Stellvertretung: Kilian Behrens

• Niclas Peters Stellvertretung: Qays El Hamdan

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Beschlussvorlage zur Beendigung des städtischen Förderprogramms zur Errichtung von Zugangspunkten zum Freifunknetz
VO/0723/2022

Die Beschlussvorlage wird in die Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung vertagt.

zu 10 Stadtlabor Richtsberg: Dialog-, Kreativ- und Beteiligungsformat im Stadtteil Richtsberg als Teil des Stadtjubiläums Marburg 800
VO/0784/2022

Die Vorlage ist im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung vorberaten worden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der CDU/ FDP und BfM einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Aussprache in der Form eines Setzpunktes ist angemeldet.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Lotz-Halilovic, von Rüden und Böhm. Für den Magistrat spricht Oberbürgermeister Dr. Spies.

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird beauftragt, 2023 ein Dialog-, Kreativ- und Beteiligungsformat in Form einer partizipativen Ausstellung im Stadtteil Richtsberg (Stadtlabor Richtsberg) als Teil und Folgeprojekt des Stadtjubiläums Marburg 800 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: CDU/ FDP, BfM

zu 11 Marburger Ortsrecht: Satzung zur Aufhebung der Marktordnung für den Flohmarkt der Stadt Marburg
VO/0754/2022

Die Vorlage wurde im Haupt-, Finanz-, und Wirtschaftsausschuss vorberaten. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Roger Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme.

Beschluss:

Die vorliegende Satzung zur Aufhebung der Marktordnung für den Flohmarkt der Stadt Marburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Zukunftskonzept Oberstadt/Städtebauförderprogramm "Lebendige Zentren"

- Auflage des Anreizförderprogramms

VO/0770/2022

Die Vorlage ist im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vorberaten wurden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Hermann Heck. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme.

Beschluss:

Die vorliegende Richtlinie zur Anreizförderung einer nachhaltigen und klimagerechten Gebäude- und Wohnumfeldmodernisierung wird beschlossen; sie tritt mit dem Beschluss formal in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Fortschreibung des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes "Marburg-Ockershausen/Stadtwald" um die Maßnahme "Neubau Wohn- und Gemeindehaus Marburg-Ockershausen - Gemeinbedarfsetage"

VO/0776/2022

Die Vorlage ist im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vorberaten wurden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Hermann Heck. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme.

Beschluss:

Das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept „Marburg-Ockershausen/Stadtwald“ wird um die Maßnahme „Neubau Wohn- und Gemeindehaus Marburg-Ockershausen – Gemeinbedarfsetage“ mit folgendem Wortlaut fortgeschrieben:

„Neubau Wohn- und Gemeindehaus Marburg-Ockershausen – Gemeinbedarfsetage

Im Ortszentrum von Marburg-Ockershausen befindet sich der Standort der Matthäuskirchengelände

meinde mit Kirchengebäude, Gemeindehaus und vorgelagertem Platz. Letzterer wird im Rahmen des Förderprozesses „Sozialer Zusammenhalt“ zu einem öffentlichen Platz mit verschiedenen Funktionen (Aufenthalt, Festplatz etc.) umgestaltet. Aufgrund von Bauschäden muss das Gemeindehaus abgerissen und durch einen Ersatzneubau ersetzt werden. Angedacht ist ein dreigeschossiges Gebäude, das im 1. und 2. Obergeschoss Wohnungen und im Erdgeschoss Räume für den Gemeinbedarf und kirchliche Nutzung vorsieht. Die Einrichtung und Bereitstellung von Räumen für den Gemeinbedarf haben einen hohen sozialen Stellenwert für Alt-Ockershausen, da sich in dem Stadtteil kein barrierefrei zugängliches Gebäude befindet, das die vielfältigen Bedarfe im bürgerschaftlichen und öffentlichen Bereich aufnehmen kann. Die Funktionen von Gemeinbedarfsetage und öffentlichem Platz ergänzen sich wechselseitig und erhöhen den sozialen, kulturellen und städtebaulichen Stellenwert des Gesamtvorhabens im Ortszentrum von Marburg-Ockershausen.

Kostenschätzung: 900.000 €

Akteure: Gemeindeverband der Ev. Kirchen in Marburg, Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Marburg mbH, Universitätsstadt Marburg

Priorität: +++“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 14 Die „Richtlinie der Universitätsstadt Marburg zum Zuschussprogramm Klimafreundlich Wohnen“ wurde aktualisiert und soll die bisherige Richtlinie in der Fassung vom 25.09.2020 ersetzen.

VO/0657/2022

Die Vorlage ist im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie vorberaten worden. Es berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Messik. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Aussprache in der Form eines Setzpunktes ist angemeldet.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Messik und Seipp. Für den Magistrat spricht Bürgermeisterin Bernshausen.

Sie erklärt, dass es eine geänderte Fassung des neuen Zuschussprogramms gibt. In der Richtlinie soll unter Punkt 4.4 der Satz „Leistungen von 5 bis 9,9 kWp Leistung werden mit 250 Euro pro kWp bezuschusst.“ durch den Satz „Leistungen von 5 bis 9,9 kWp Leistung werden mit 200 Euro pro kWp bezuschusst.“ ersetzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt über die Beschlussvorlage in der geänderten Fassung ab.

Beschluss:

Die „Richtlinie der Universitätsstadt Marburg zum Zuschussprogramm Klimafreundlich Wohnen“ wurde aktualisiert und soll die bisherige Richtlinie in der Fassung vom 25.09.2020 ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 15 Änderung des Förderprogramms für Elektro-Fahrräder und Elektro-Lastenräder

VO/0703/2022

Die Vorlage ist im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie vorberaten worden. Es berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Messik. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Beschluss:

Die Richtlinie "Marburger Förderprogramm Elektrofahrräder und Elektrolastenräder" wird gemäß Anlage mit folgenden wesentlichen Änderungen neu gefasst:

1. Das digitale Antragsverfahren wird eingeführt.
2. Zusätzlich zu den Marburg-Gutscheinen wird bei der Förderzuwendung der Klimabonus mit aufgenommen.
3. Der Förderbetrag für Elektro-Lastenräder wird auf 1.000 € erhöht.
4. Die Kilometerleistungs-Prämie (Staffelprämien) für Elektro-Fahrräder wird gestrichen. Für Elektro-Lastenräder gibt es eine Zusatzprämie.
5. Die Förderung für Fahrradanhänger (100 € Marburg Gutscheine und 115 Klimaboni) wird mit aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 16 Jahresabschluss 2021 der Stiftung St. Jakob

VO/0794/2022

Die Vorlage ist im Haupt-, Finanz-, und Wirtschaftsausschuss vorberaten wurden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Roger Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2021 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 4.953.973,38 EUR festgestellt. Der Jahresüberschuss i.H.v. 208.541,21 EUR wird in die Ergebnisrücklage eingestellt.
2. Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2021 der Stiftung St. Jakob durch

das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 17 Dringlichkeitsanträge

Keine

zu 18 Anträge der Fraktionen

zu 18.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion bzgl. Räumung Grundstück Hermann-Cohen-Weg

VO/0683/2022

Der Antrag wurde im Haupt-, Finanz-, und Wirtschaftsausschuss durch die Antragssteller zurückgezogen.

zu 18.2 Antrag der AfD betr. Verteidigungskurse für Mädchen / junge Frauen

VO/0741/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung, Antidiskriminierung und Bürger*innenbeteiligung durch den Antragssteller zurückgezogen.

zu 18.3 Antrag der AfD betr. Verhalten der Stadt Marburg gegenüber einzelnen Teilnehmern der Jubiläumsfeier "Tischlein deck Dich"

VO/0742/2022

Die Vorlage ist im Ausschuss für Bildung, Kinder und Jugend, Kultur und Sport vorbereitet worden. Es berichtet die stellvertretende Ausschussvorsitzende Birgit von Barga. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig den Antrag abzulehnen.

Zu dem Antrag wurde ein Setzpunkt angemeldet.

An der Diskussion beteiligen sich der Stadtverordnete Pozzi und für den Magistrat Oberbürgermeister Dr. Spies.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: AfD
Nein-Stimmen: CDU/FDP, B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, Piratenpartei
Enthaltungen: keine

zu 18.4 Antrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Marburg betr. Einführung einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen

VO/0746/2022

Die Vorlage ist im Haupt-, Finanz-, und Wirtschaftsausschuss vorberaten wurden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Roger Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme. Die CDU/ FDP Fraktion ist dem Antrag beigetreten.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zur Einführung einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für freilaufende Katzen den Entwurf einer entsprechenden Satzung vorzulegen. Diese soll ein Kastrationsgebot für privat gehaltene Katzen mit Freigang wie folgt regeln:

1. Katzenhalter*innen, die ihrer Katze Zugang ins Freie gewähren, haben diese zuvor durch eine(n) Tierärzt*in kastrieren und mittels Tätowierung oder Mikrochip kennzeichnen zu lassen. Dies gilt nicht für weniger als fünf Monate alte Katzen.
2. Auf Antrag können Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zugelassen werden, wenn die Interessen der Antragsteller*innen gegenüber den durch die Verordnung geschützten öffentlichen und privaten Interessen im Einzelfall nicht nur geringfügig überwiegen.
3. Die Nichtbeachtung der Kastrationspflicht kann als Ordnungswidrigkeit mit Bußgeld geahndet werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP, B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, AfD
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: Piratenpartei

zu 18.5 Antrag der CDU/FDP-Fraktion betr.: Legalen LKW-Parkplatz am Görzhäuser Hof bauen

VO/0752/2022

Der Antrag wurde im Ausschuss für Mobilität, Tourismus und digitale Transformation vorbera-

ten. Für den Ausschuss berichtet der Vorsitzende Shaker Hussein. Gegen die Stimmen der CDU/ FDP wurde Ablehnung des Antrags empfohlen.

Zu dem Antrag wurde Aussprache angemeldet. An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Selinka und Büchner, sowie Oberbürgermeister Dr. Spies für den Magistrat.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP

Nein-Stimmen: B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, BfM, AfD, Piratenpartei

Enthaltungen: keine

zu 18.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Einmal jährlich auf der Stadtautobahn feiern

VO/0761/2022

Der Antrag wurde in die Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung vertagt.

zu 18.7 Antrag Fraktion Marburger Linke betr.: Interkommunale Kredite ermöglichen

VO/0767/2022

Der Antrag wurde in die Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung vertagt.

zu 18.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke bzgl. Studien- und Lebenssituation der Studierenden in Marburg verbessern, Erhöhung der Mensapreise zurücknehmen

VO/0808/2022

Die Vorlage ist im Haupt-, Finanz-, und Wirtschaftsausschuss vorberaten wurden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Roger Pfalz. Es soll über die drei Absätze des Antrags getrennt abgestimmt werden. Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen der CDU/FDP die Zustimmung zu Absatz 1 und einem geänderten Absatz 2 des Antrags. Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen der Marburger Linken die Ablehnung des dritten Absatzes des Antrags

Es wurde dazu Aussprache angemeldet.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Bastian, Burghardt, Rink, Seipp und für

den Magistrat Stadträtin Dinnebier.

Beschluss:

Studierende in Marburg machen einen relevanten Teil der Einwohner*innen aus und prägen das soziale und kulturelle Leben der Stadt. In Folge der Corona-Krise und der aktuellen enormen Verteuerung der Lebenshaltung erfahren sie eine dramatische Verschlechterung ihrer Studien- und Lebensbedingungen. Die Stadtverordneten der Stadt Marburg unterstützen daher die aktuellen Bemühungen der Studierenden und des ASTA, die Erhöhungen der Essenspreise in den Mensen zurückzunehmen bzw. auszugleichen.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an den Verwaltungsrat des Studentenwerks, alle Möglichkeiten auszuloten, die Erhöhung zurückzunehmen. Dies darf allerdings nicht zu Lasten der Beschäftigten und ihren Arbeitsbedingungen gehen.

Absatz 3 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zu Absatz 1:

Ja-Stimmen: B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei
Nein-Stimmen: CDU/ FDP
Enthaltungen: BfM, AfD

Abstimmungsergebnis zu Absatz 2:

Ja-Stimmen: B90/ Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg, Piratenpartei
Nein-Stimmen: CDU/ FDP, BfM
Enthaltungen: AfD

Abstimmungsergebnis zu Absatz 3:

Ja-Stimmen: Marburger Linke
Nein-Stimmen: B90/ Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, Piratenpartei
CDU/ FDP, BfM
Enthaltungen: AfD

**zu 18.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke bzgl. Freier Zugang für Kinder,
Jugendliche, Studierende und Stadtpassbezieher*innen zum
Schwimmbad Aquamar und dem Neuen Botanischen Garten
VO/0809/2022**

Die Vorlage ist im Haupt-, Finanz-, und Wirtschaftsausschuss vorberaten wurden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Roger Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen der Mar-

burger Linken den Antrag abzulehnen.

Es wurde Aussprache angemeldet.

An der Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Bastian, Rink, Pfalz, Sanchez, Schmidt, Seipp sowie für den Magistrat die Stadträtin Dinnebier.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke

Nein-Stimmen: CDU/ FDP, B90/ Die Grünen, SPD, Klimaliste, BfM, AfD

Enthaltungen: Piratenpartei

zu 19 Kennntnisnahmen

**zu 19.1 Kennntnisnahme über die Neufassung der Sportförderrichtlinien der
Universitätsstadt Marburg**

VO/0654/2022

Zu dieser Kennntnisnahme wurde durch die CD/ FDP Fraktion Aussprache angemeldet.

An der Diskussion beteiligen sich der Stadtverordnete Seipp, für den Magistrat die Stadträtin Dinnebier, sowie der Stadtverordnete Pfalz.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die neugefassten Sportförderrichtlinien der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

zu 19.2 Planungshilfe barrierefreie digitale Veranstaltungen

VO/0755/2022

Beschluss:

Die vom Behindertenbeirat erarbeitete Planungshilfe für barrierefreie digitale Veranstaltungen wird zur Kenntnis genommen.

zu 19.3 Städtebauförderprogramm "Lebendige Zentren"

Fördergebiet "südwestliche Oberstadt"

- Machbarkeitsstudie Kugelhaus: Kenntnisnahme und geplantes weiteres Vorgehen

VO/0766/2022

Beschluss:

Die Machbarkeitsstudie wird zur Kenntnis genommen.

Die Projektentwicklung auf Basis der dargestellten Nutzungsoptionen soll von der GeWoBau umgesetzt werden. An erster Stelle sollen dabei Gespräche zum Grunderwerb in Form einer Erbpacht zwischen der GeWoBau, dem Land Hessen und der Philipps-Universität Marburg kurzfristig angegangen werden.

zu 19.4 Eckpunkte zur Novelle des Bundesstädtebaurechts

VO/0769/2022

Beschluss:

Das in der Anlage beigefügte Rundschreiben mit Positionspapier zur Novelle des Bundesstädtebaurechts wird zur Kenntnis genommen.

zu 19.5 Freier Eintritt in das Freibad des AquaMar für Kinder und Jugendliche während der Sommerferien

VO/0774/2022

Beschluss:

Der Magistratsbeschluss zum freien Eintritt in das AquaMar für Kinder und Jugendliche während der Sommerferien wird von der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen.

zu 19.6 Machbarkeitsstudie „Mikro-Hubs in Marburg“

VO/0781/2022

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Abschlussbericht „Machbarkeitsstudie zur Einrichtung von Mikro-Hubs in der Universitätsstadt Marburg“ zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner bedankt sich noch bei zwei ausscheidenden Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, Frau von Rüden und Frau Aberle, und schließt die Sitzung um 21:09.

Marburg, 26.07.2022

Vorsitz:

Protokoll:

Dr. Elke Neuwohner

Clara Easthill

Anlagen:

Antworten auf die die kleinen Anfragen 3, 4, 9, 12, 15, 16 und 29-32.